

IWH-Pressemitteilung 24/2012

Halle (Saale), den 27. Juni 2012

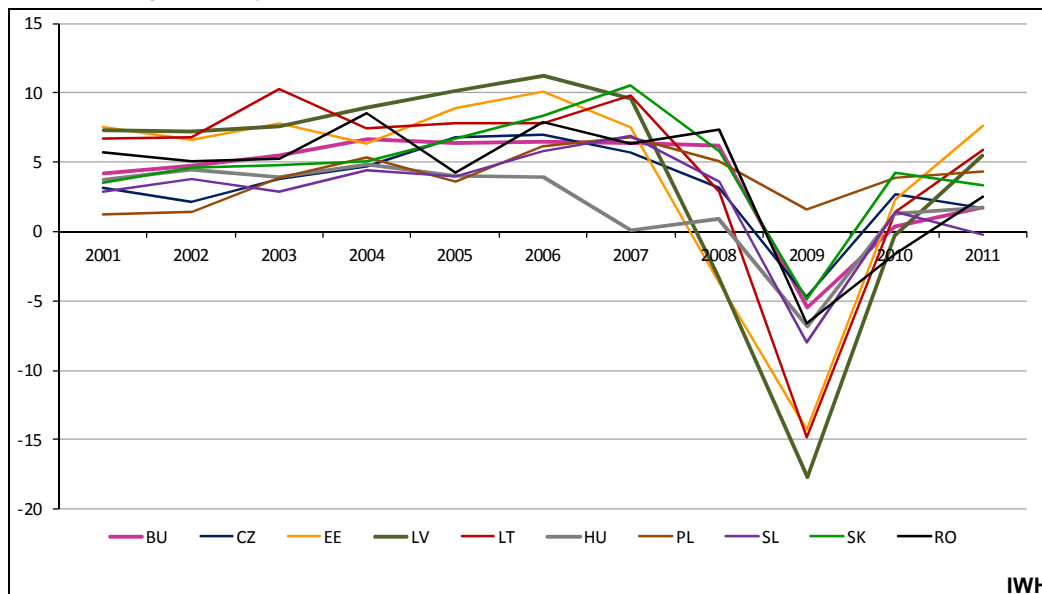
Mittel- und osteuropäische EU-Länder: Euroeinführung rückt in die Ferne

Die mittel- und osteuropäischen Länder haben sich mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union verpflichtet, mittelfristig den Euro als gemeinsame Währung einzuführen. Voraussetzung dafür ist, dass sie sich bei wichtigen nominalen wirtschaftlichen Kenngrößen möglichst dauerhaft an die alte EU annähern. Die meisten neuen EU-Mitgliedsländer wurden von der globalen Finanzkrise allerdings vergleichsweise hart getroffen, sodass das Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme Zweifel an der Nachhaltigkeit der bisherigen Konvergenz aufkommen lässt. Der Zeitplan für die Erweiterung des Euroraums wird sich verschieben, auch wenn das Ziel der gemeinsamen Währung offiziell derzeit nicht infrage gestellt wird.

Abbildung:

Reales Bruttoinlandsprodukt der neuen EU-Mitgliedsländer 2001 bis 2011

- Veränderung zum Vorjahr, in % -



BU = Bulgarien, CZ = Tschechische Republik, EE = Estland, LV = Lettland, LT = Litauen, HU = Ungarn, PL = Polen, SL = Slowenien, SK = Slowakei, RO = Rumänien.

Quellen: Eurostat; Darstellung des IWH.

Eine Neubewertung der Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Währung findet nicht nur in der alten EU, sondern verstärkt auch in den neuen Mitgliedsländern statt. Die Vorteile, die ein gemeinsamer Währungsraum beispielsweise bezüglich Zinsentwicklungen und Investitionsströmen bringen sollte, lassen sich aufgrund der weltweit veränderten Risikobewertung nicht mehr ohne Weiteres sehen. Die Investoren werden zukünftig wohl mehr als zuvor ein individuelles, länderspezifisches Risiko annehmen.

Sperrfrist:

27. Juni 2012

13:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning

Telefon:

+49 345 7753 738

E-Mail:

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Martina Kämpfe

Telefon:

+49 345 7753 838

E-Mail:

mkp@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und
Technologie (**BMWi**),
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung (**BMZ**),
Auswärtiges Amt (**AA**)

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Euroraum, Europäische
Union, Konvergenz, Mittel-
und Osteuropa

Institut für

Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60

Fax: +49 345 7753 820

<http://www.iwh-halle.de>

Einige Punkte, die als vorteilhaft angesehen werden, sind nun allerdings auch deutlicher geworden. Dazu gehört beispielsweise, dass eine Mitgliedschaft im Euroraum für die Beteiligung an den politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene von großer Bedeutung ist. Der Kern einer zukünftigen Europäischen Union wird sich wohl im Euro-Währungsraum befinden.

Veröffentlichung:

KÄMPFE, MARTINA: Perspektiven für die Euroeinführung in den mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (6), 2012, 180-187.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Martina Kämpfe

Tel.: +49 345 7753 838, E-Mail: Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 345 7753 738, E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute arbeiten strategisch und themenorientiert an Fragestellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.